

Sächsische Volkszeitung

Verlegt täglich nachm. mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage.
Verleger: J. G. Neumann, Neudammstr. 11, Dresden.

Unabhängiges Tageblatt f. Wahrheit, Recht u. Freiheit.

Preis: 15 Pf. pro Quartal, 50 Pf. pro Halbjahr, 1 Mark pro Jahr.
Anzeigen: 10 Pf. pro Zeile pro Tag.

Bestechung in der Kolonialabteilung?

Ein offizielles, nahezu halbamtliches Blatt hat am letzten Sonnabend die Öffentlichkeit mit einer Nachricht überrascht, welche geeignet ist, in den weitesten Kreisen großes Aufsehen zu erregen, welche aber in allen Kreisen der Bevölkerung aufs neue den Ruf nach einer gründlichen Reinigung erheben läßt. Major Fischer vom Oberkommando der Schutztruppe, Vorstand bei der Bekleidungsabteilung, ist wegen des Verdachtes der Bestechung in Untersuchungshaft genommen und gegen ihn das amtliche Verfahren eingeleitet worden. Die Anschuldigungen gründen sich auf die Tätigkeit Fischers mit einer großen Berliner Lieferungsfirma; wir sind in der Lage, hinzuzusetzen: mit der bekannten Firma von Tippelskirch. Sind die Verdachtsmomente Tatsache, so ist auch über die Firma selbst das öffentliche Urteil gesprochen und das Reich kommt auf höchst einfache Weise von einem sehr obösen Vertrage los. Durch diese Meldungen ist aber auch die gesamte Aufmerksamkeit auf den Tippelskirch-Vertrag aufs neue gelenkt. Wir sind in der Lage, auf Grund von amtlichem Material und der Verhandlungen im Reichstage ein erschöpfendes Bild über diesen Vertrag zu geben, so daß die Leser selbst urteilen können.

Die Firma von Tippelskirch u. Co., der früher der preussische Landwirtschaftsminister selbst angehörte und an deren Gewinn heute noch seine Frau sehr lebhaft interessiert ist, hat im Mai 1896 einen Vertrag mit der Kolonialabteilung abgeschlossen, nach welchem diese Firma die gesamte Ausrüstung und Bekleidung der Schutztruppe übernimmt; sie erhält also ein Monopol für diese Lieferungen. Als die Firma ihren Betrieb erweitern wollte, wurde ihr der Vertrag bis 1904 verlängert; als sie aber im Jahre 1902 wieder an eine Erweiterung dachte — das Geschäft blühte also sehr — war sie so vorsichtig, wieder um eine Verlängerung des Vertrages zu bitten und die allzeit gewilligte Kolonialabteilung schloß tatsächlich einen Vertrag ab, der bis zum 31. März 1911 dauert. Durch die sehr erhebliche Vermehrung der Schutztruppen in Südwestafrika, Ostafrika und Kamerun fielen dieser Firma nun riesige Aufträge zu, man berechnet ihre Jahreslieferungen in den letzten Jahren auf acht bis neun Millionen Mark.

Die Zentrumsfraktion des Reichstages konnte aber diesen Zustand nicht mehr mit ansehen; am 12. März 1906 brachte sie deshalb folgenden Antrag ein: „Den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, sofort eine Lösung derjenigen Verträge herbeizuführen, die über die Lieferungen über die die Schutzgebiete von der Kolonialabteilung abgeschlossen worden sind und über die Dauer eines Staatsjahres hinausgehen.“ Der Abgeordnete Erzberger begründete diese Resolution und hat hierbei Zahlen mitgeteilt, die alleseitige Verwunderung hervorriefen. Bleiben wir nur beim Tippelskirch-Vertrag. Da konnte er im Reichstage berechnen, daß diese Firma über den kaufmännischen Gewinn hinaus pro Jahr zwei Millionen Mark in die Tasche steckt und diese Rechnung ist nicht zu hoch gegriffen; das Kriegsmünsterium kauft dieselben Artikel um 40 bis 50 Prozent billiger ein! In den Verhandlungen über diesen Vertrag hat der eingangs genannte Major Fischer auch erzählt, wie er teilweise die Kontrolle bei der Abnahme vollzogen habe; als die Truppe zur Abreise gerüstet war, habe er sie und die Bekleidungsstücke besichtigt, die Stiefel zum Beispiel durch Hochhalten der Füße. Der Reichstag hat mit sehr erheblicher Mehrheit den Antrag des Zentrums angenommen.

Ist nun demselben entsprochen worden? Leider nicht! So viel uns mitgeteilt worden ist, hat man sich damit begnügt, in Verhandlungen mit der Firma Tippelskirch ein-

zutreten und als diese nicht zum Ziele führten, einen Offizier zur Beaufsichtigung der Herstellung der Bekleidungsstücke in die Fabrik zu kommandieren; auch gehe man jetzt bei der Abnahme viel schärfer vor als früher. Die Firma hat sich lediglich mit einer Verstaatlichung ihres gesamten Betriebes einverstanden erklärt oder sonst Bedingungen gestellt, die nicht erfüllt werden konnten. Bei der Verstaatlichung fordert die Firma Uebernahme aller Gebäude, Einrichtungen, Vorräte usw., sowie als Entschädigung die Summe von 1 1/4 Millionen Mark. Bei sofortiger Auflösung des Vertrages forderte sie Uebernahme der Materialien usw. und als Entschädigung 2 1/2 Millionen Mark. Bei einer Abkürzung des Vertrages auf zwei Jahre forderte sie Uebernahme der Fabrik, der Materialien usw. und bis 1900 Aufträge bis zu 5 Millionen Mark! Sollte die Firma aber künftig nur liefern, was sie selbst herstellt, so forderte sie die Verlängerung des Vertrages bis — sag und schreib: 1921! Dabei wollte sie eine genaue Kalkulation sämtlicher Artikel vorlegen und sich mit 20 Prozent Aufschlag für Fabrikationskosten und Unternehmergewinn „begnügen“. Die Firma fand diese Vorschläge „sehr gemäßig“; die Kolonialabteilung jedoch „finanziell so ungünstig“, daß sie hierauf gar nicht einging. So steht heute die Sache!

Nun kommt die Meldung von dieser Bestechung. Wir finden es begreiflich, wenn das Organ für koloniale Vertufung, die „Nat.-Zeitg.“ bemerkt: „Eine peinliche Nachricht.“ Was ein anderes vielgelesenes Berliner Blatt über die sehr engen Beziehungen zwischen dem Verhafteten und Herrn von Tippelskirch erzählt, ist noch peinlicher. Aber wir gehen vorerst auf all dies nicht ein; wir hoffen nur, daß mit all dem Eifer, der sonst Polizei und Staatsanwaltschaft ziert, auch hier vorgegangen wird und daß nunmehr gründliche Untersuchung stattfindet, auch über die Art, wie dieser eigenartige Vertrag überhaupt abgeschlossen worden ist. Wenn die vorgelegte Behörde zur Verfassung schritt muß sie wohl ziemlich belastendes Material besitzen. Hat aber die genannte Firma sich irgendwie tatsächlich der Bestechung schuldig gemacht, so hat sie den Vertrag gebrochen; sie hat gegen Treu und Glauben verstoßen und ein solcher Vertrag ist nichtig. Das Reich kommt dann auf höchst einfache Weise von ihm los und freie Konkurrenz ist zulässig, was wir dringend wünschen, schon weil das Reich sehr viel erspart.

Politische Hundschau.

Dresden, den 31. Juli 1906.

— Die „Jduna“ mit der Kaiserin, der Prinzessin Viktoria Louise und den Prinzen Oskar und Joachim an Bord ist heute von Warnemünde nach Sahnitz in See gegangen. Von dort soll morgen die Fahrt nach Swinemünde fortgesetzt werden, wo bekanntlich, gleichfalls morgen, die Rückkehr des Kaisers von der Nordlandsfahrt erwartet wird.

— Die Berliner Korrespondenz veröffentlicht einen gemeinsamen Erlaß des Landwirtschafts- und des Kultusministers, worin die vom Bundesrat beschlossenen Änderungen der Ausführungsbestimmungen zum Fleischbeschau-gesetz betr. Abweichungen von den bisherigen Vorschriften erläutert werden. Die neuen Vorschriften sind mit der Verkündung in Kraft getreten. Den Landesregierungen ist jedoch nachgelassen, auf längstens drei Monate nach der Verkündung von der Anwendung von Änderungen bei der Einfuhr in das Zollland abzugehen.

— An den Kaisermanövern in Schlesien werden auf eine Einladung des Kaisers hin die amerikanische Bundesarmee hin die folgenden Vereinigten Staaten-Offiziere teilnehmen: Brigade-General Barry und Duwall, Major Kuhn und die Hauptleute Traub und Schumm.

— Nach dem „Berl. Lokalanz.“ ist die Anzeige gegen den bereits verhafteten Major Fischer von seiner eigenen Frau und seinem Vetter erstattet worden, eine Nachricht, deren Richtigkeit an unterrichteter Stelle bestätigt wird. Das energische Einschreiten ist, wie wir erfahren, sofort nach dem Bekanntwerden der Angelegenheit unmittelbar auf Anordnung der höchsten zuständigen Stelle erfolgt.

— Die Reichshauptkasse scheint sich nun in besseren Verhältnissen zu befinden; was nämlich über das erste Vierteljahr des laufenden Jahres bekannt wird, ist sehr erfreulich und nun treten bekanntlich vom 1. Juli ab die neuen Steuern mit ihren Mehrerträgen hinzu. Die Zölle und Verbrauchssteuern haben vom April bis Juni insgesamt nahezu 17 Millionen mehr abgeworfen als im Vorjahre. Die Zuckersteuer und die Branntweinverbrauchsabgabe haben allein über 10 Millionen mehr eingebracht. Die Zölle haben nahezu 5 Millionen mehr betragen, aber es ist zu berücksichtigen, daß in diesem Zeitraum der neue Zolltarif mit seinen höheren Sätzen ganz wirkt, daß allerdings nach der ungemein starken Voreinfuhr mit einem Nachlassen gerechnet werden mußte. Die Zölle sind 1905 auf 532 Millionen festgesetzt worden; nun säßig die Regierung 560 Millionen vor. Die Budgetkommission wollte auf 600 Millionen gehen; aber das Zentrum widersetzte sich dieser riesigen Erhöhung, so daß 580 Millionen in den Etat eingestellt worden sind. Wir bezweifeln aber sehr, ob diese Summe eingeht, bekanntlich sind auch die Mehrerträge aus Getreide für die Witwen- und Waisenversicherung sehr gering; der Etat sieht hierfür 22 Millionen Mark vor. Das laufende Etatsjahr wird überhaupt sehr unsicher sein; erst 1908 gibt es ein ruhigeres Bild, weil man dort auch die neuen Steuern besser übersehen.

— Eine Kleinliche Maßnahme bei der morgen Mittwoch in Kraft tretenden Fahrartensteuer ist in Preußen er-gangen; bekanntlich sind Arbeiterfahrarten von der Steuer ganz befreit. Das Gesetz aber sagt nicht, was eine Arbeiter-fahrart ist, man hat sich hier einfach dem Sprachgebrauch angeschlossen. Jetzt ist angeordnet worden, daß nur solche Personen Arbeiterfahrarten erhalten sollen, die mit meh-reren oder Handarbeiten beschäftigt sind; die vielen Han-delsangestellten, Radfahrerinnen und untere Bureauangestellte fallen also nicht darunter. Unseres Erachtens hätte man besser getan, alle jene als Arbeiter anzusehen, die unter den § 1 des Invalidenversicherungsgesetzes fallen; der Reichstag wollte ja gerade die kleinen Leute schonen.

— Die Haltung der Zentrumswähler in Hagen wird allgemein in der bürgerlichen Presse rühmend anerkannt, und das Geschimpfe der sozialdemokratischen Presse beweist, daß durch die Rechnung der Genossen ein sehr dicker Strich gemacht worden ist. Der neugewählte Abgeordnete Cuno hat noch am Tage seiner Wahl es selbst eingestanden, daß ein „Hauptverdienst an seiner Wahl der katholischen Bevölkerung“ zufalle, namentlich die katholische Geistlichkeit habe ihn sehr unterstützt; deshalb gebühre der katholischen Bevölkerung ein „ganz besonderer Dank“. Eine ganze Anzahl von Zeitungen äußert sich ähnlich; so schreibt die kon-servative „Kreuzzeitung“, daß hier das Zentrum „einen bemerkenswerten Beweis politischen Verständnisses“ gegeben habe; die liberalen Parteien sollen sich an dem „bewiesenen streng politischen Verantwortlichkeitsgefühl des Zentrums in Zukunft ein Beispiel nehmen“. Die liberale Presse da-gegen verhält sich auffallend kühl; während in der Zentrums-presse die lebhafteste Freude über den Sieg des bürger-lichen Kandidaten durchdringt, findet man dergleichen kaum in der nationalliberalen Presse, vollends findet man dort kein Wort der Anerkennung für die Zentrumswähler, es

Unpolitische Zeitkäufe.

(Redaktion verboten.)

Berlin, den 20. Juli 1906.

Was machen wir nun vom 1. August ab, wenn die Fahr-artensteuer in Kraft tritt? Wollen wir allzumal in die Salons vierter Klasse gehen, um dem Reichstag und dem Schatzsekretär ein Schnippen zu schlagen? Es gibt in der Tat Leute, die so eine Art Massenstreik oder Boykott gegen die höheren Eisenbahnklassen ins Werk setzen möchten. Ich lese soeben in einer Zeitung, „Hunderttausend“ aus allen möglichen Ständen, vom hohen Staatsbeamten bis zum Artisten, hätten sich schon dem Hannoverschen Verbands angegeschlossen, der zum Protest gegen die Fahrartensteuer seine Mitglieder verpflichten will, immer eine Klasse niedriger zu fahren, als wie sie bisher gewohnt waren. Dabei — so heißt es in der Zeitschrift — machten sie auch noch Ersparnisse.

Allerdings werden sie dabei etwas ersparen, sogar einen recht erheblichen Wagen. Denn der Preisunterschied zwi-schen den verschiedenen Wagenklassen ist zehn- bis zwanzig-mal so groß, wie der Steuerzuschlag. Also, wer es aufs Sparen abgesehen hatte, der braucht nicht erst bis zum 1. August zu warten.

Aber vom letzten Tropfen fließt das Glas über, und dieser letzte Tropfen soll die Fahrartensteuer sein? Der Vergleich mit dem Tropfen ist nicht schlecht; in der Tat ist es eine Mei-nigkeit, was das Reich von den Reisenden fordert, ein win-ziger Zuschlag, der im Verhältnis zu den ganzen Reisekosten federleicht wiegt. Durch das große Geschrei in gewissen Zei-tungen sind die Leute in den Glauben versetzt, daß eine kolossale Verteuerung der Fahrarten um so und so viel Mark bevorstehe; sie werden bald erfahren, daß dabei mit

bescheidenen Pfennigsinnenden gerechnet wird und nur bei weiten Reisen ein Markstück ins Rollen kommt. Also gilt das erste Gebot: Laß dich nicht verblüffen!

Im übrigen sehe jeder, wie er's treibe. Glaubst du etwas sparen zu können, so tue deinen Gefühlen keinen Zwang an, lieber Leser. Warum solltest du nicht einmal ohne Postersitz fahren können? Namentlich im Sommer hat die dritte Klasse gewisse Vorzüge vor der zweiten. Empfindliche Leute können sogar ein gestopftes oder aufblasendes Kissen mitnehmen, um sich die „Sitzung“ zu erleichtern. Meinst du, vermissst du in der dritten Klasse nur eines, nämlich die Armstützen, die bei längerer Fahrt einem Menschen mit einem großen Oberkörper sehr angenehm sind; man kann ja auch ein kleines Kofferchen als Armlehne be-nutzen, aber nur bei unvollständiger Besetzung des Abteils. Auch unsere vierte Klasse ist gar nicht so schlecht, wie di; bayrischen Brüder glauben; nur muß man etwas Stand-haftigkeit mitbringen, da man nicht immer auf einen Sig-platz rechnen kann, und man muß den Tabak und die ur-wüchsigen Manieren von weniger zivilisierten Mitreisenden vertragen können. Prüfet alles und behaltet, was euch am besten paßt. Aber bildet euch bloß nicht ein, daß ihr dem Reichstage oder dem Fiskus einen fürchterlichen Schabernack antun könntet, wenn ihr euch selbst um eine Wagenklasse erniedrigt. Daraus machen sich die hohen Herren nichts. Am allerdrücklichsten ist die Einbildung, daß man durch eine solche Flucht aus der höheren Klasse den Reichstag zwingen könne, die Fahrartensteuer wieder aufzuheben. Fällt ihm gar nicht ein. Und der Reichschatzsekretär könnte bei andauerndem Streik vielleicht sagen: Nun, wenn die Reisenden durch Be-nützung der niedrigeren Klassen soviel Geld sparen, so ließe sich am Ende die Fahrartensteuer noch erhöhen.

Aber der „große Ausfall“, wenn „Hunderttausende“ in die niedrigere Klasse übergehen! Erstens würde der Aus-fall nicht das Reich treffen, sondern die Einzelstaaten, welche die Bahnen besitzen, und zweitens kommt es nicht zu einem andauernden Massenstreik. Was da an Trupvereinen auf-taucht, das sind Seifenblasen, die bald platzen werden. Da sollen sich zum Beispiel Vereine zur Bevölkerung der vierten Klasse gebildet haben. Aber in den Schnellzügen gibt es keine vierte Klasse, und auf weiten Strecken die Pummelzüge zu benutzen, das wird einem bald satt. Zudem werden viele, die etwas zart gebaut sind, von einer einzigen Probefahrt in der vierten Klasse genug haben. Die Hannoversche Ver-einigung, für die so viel Klatsch gemacht wird, begnügt sich mit der weitmaßigen Satzung, daß jeder eine Klasse niedriger fahren solle, als bisher. Da können also die „feineren“ Mitglieder immer noch zweiter Klasse fahren unter dem Vorgeben, daß eigentlich die erste Klasse ihre Sei-mat sei. Und wer aus der zweiten in die dritte Klasse über-geht, ist der angeblich so schrecklichen Fahrartensteuer doch nicht entronnen. Bei Tagesfahrten im Sommer findet er es auf den kühleren Bänken der dritten Klasse vielleicht recht hübsch. Aber wenn es kälter wird, so hebt er sich nach den wärmeren Polstern, und nun gar bei Nachtfahrten ist es doch hübsch, wenn man in der gepolsterten Ecke schlummern kann. So werden deren viele das Abgehen des Trupbundes in die Westentasche stecken und zu ihrer gewohnten Bequemlichkeit zurückkehren.

Das Abgehen — geschicklich geschickt! — spielt in den Reklamen für den Trupbund eine große Rolle. Bei Dichte besetzen ist es ein Feigenblatt der Eitelkeit, das seinen Zweck versehen wird. Wenn es sein müßte, würde ich ganz ruhig in die vierte Klasse steigen, aber nicht mit diesem geschicklich